

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 12/2018 —**

Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt den Jahreswirtschaftsbericht als eine realistische Darstellung der erzielten Erfolge und noch zu bewältigenden Herausforderungen bei der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands.
2. Der Deutsche Bundestag ist sich mit der Bundesregierung darin einig, daß die Herbeiführung gleicher Lebensverhältnisse und das Zusammenwachsen Deutschlands die wichtigste politische Aufgabe ist. Der Deutsche Bundestag ist deshalb der Auffassung, daß der Sicherung und Verbesserung der Standortqualität Deutschlands in diesem Jahrzehnt große Bedeutung zukommt. Dies gilt um so mehr, als sich mit dem Abbau nationaler Grenzen in Europa, der Internationalisierung der Produktion und der Globalisierung der Märkte der Standortwettbewerb weltweit weiter verschärfen wird.

Daher ist es unverzichtbar, die Leistungskraft der Wirtschaft in ganz Deutschland auf breiter Grundlage zu stärken und die Voraussetzungen für Investitionen in neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze nachhaltig weiter zu verbessern. Die erfolgreiche Bewältigung des Aufholprozesses in den neuen Bundesländern bietet auch der ostdeutschen Wirtschaft die Chance, in einigen Jahren zu einem besonders leistungsfähigen Anbieter im Wettbewerb zu werden.

3. Der Deutsche Bundestag betont, daß die Qualitätspflege des Standortes Deutschland eine Aufgabe ist, die gleichermaßen den Staat, die Unternehmen, Tarifparteien und andere gesellschaftliche Gruppen in die Pflicht nimmt.
4. Der Deutsche Bundestag weist darauf hin, daß ein positives gesellschaftliches Umfeld Voraussetzung für die Entfaltung von Wirtschaft und technischem Fortschritt ist. Dazu gehören ein adäquates Bildungswesen für Schüler, Auszubildende und Stu-

den sowie eine stärkere Ausrichtung der Bildungsinhalte auf die wirtschaftlichen und technischen Erfordernisse.

Dazu gehören ebenso eine kraftvolle Entwicklung der Forschung, insbesondere auch in den neuen Bundesländern, und eine immer engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

5. Besonders wichtig ist es nach Ansicht des Deutschen Bundestages, zusätzliche Belastungen der Wirtschaft durch Lohnsatzkosten, Steuern und Abgaben zu vermeiden. Hierzu bedarf es einer Fortsetzung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, insbesondere strikter Ausgabendisziplin und nachhaltigem Subventionsabbau. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Bedeutung der geplanten Reform der Unternehmensbesteuerung. Längerfristig muß der wegen der hohen finanziellen Anstrengungen zugunsten der neuen Bundesländer vorübergehend erforderliche Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Abgabenquote wieder zurückgeführt werden.

Durch den Abbau staatlicher Regulierungen müssen zusätzliche Wachstumsfelder für die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand und die Freien Berufe, geschaffen werden.

6. Mit Protektionismus und staatlichen Interventionen in den Markt zugunsten der deutschen Wirtschaft ist der Produktionsstandort Deutschland nicht zu sichern. Der Staat trägt mit einer moderneren Infrastruktur für Forschung, Kommunikation und Verkehr zu günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei. Der Erfolg im Markt bleibt in der Verantwortung der Unternehmen.

Wettbewerb ist der beste Garant für einen erfolgreichen Strukturwandel.

7. Der Deutsche Bundestag unterstreicht, daß ein positiver Abschluß der GATT-Runde von essentieller Bedeutung für die deutsche Wirtschaft und eine dauerhafte Expansion des Welt Handels ist. Er fordert deshalb die Bundesregierung auf, alle erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, damit die Verhandlungen baldmöglichst zu einem erfolgreichen Abschluß führen.
8. Der Deutsche Bundestag unterstreicht den hohen Stellenwert, der dem Umweltschutz im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung zuzumessen ist. Eine vorsorgende, verlässliche Umweltpolitik sichert den Standort Bundesrepublik Deutschland. Er tritt daher dafür ein, in dieser Legislaturperiode den Schutz der Umwelt als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Im Hinblick auf vielfach nur global lösbare Umweltprobleme wie auch zur Wahrung der Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft ist eine verstärkte internationale Abstimmung von Umweltschutzmaßnahmen notwendig.
9. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, zur Erreichung ihrer umweltpolitischen Ziele das gesamte Instrumentarium der Umweltpolitik – Ordnungsrecht und marktwirtschaftliche Instrumente (z.B. Information der Verbraucher,

Kompensationsregelungen, freiwillige Vereinbarungen) – anzuwenden. Marktwirtschaftliche Lösungen, die die Eigeninitiative und das Eigeninteresse der Produzenten und Konsumenten unterstützen, müssen künftig weiterhin verstärkt zur Anwendung kommen.

Bei steuerlichen Regelungen und Abgaben ist darauf zu achten, daß sie Anreize für umweltverträgliches Verhalten bewirken. Dadurch wird erreicht, daß verstärkt moderne, umweltverträglichere Technologien entwickelt werden und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht gefährdet wird. Dadurch darf die Gesamtbelastung der Wirtschaft insgesamt nicht erhöht werden.

Bonn, den 12. Februar 1992

Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

